



**27. Nachtrag**  
**zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen**  
vom 15.12.2023

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), des § 54 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926) sowie des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), jeweils in der derzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Aachen in seiner Sitzung am 13.12.2023 folgenden Nachtrag beschlossen:

**1. § 3 Absatz 8 erhält folgende Fassung:**

„Die Schmutzwassergebühr beträgt je Kubikmeter Schmutzwasser jährlich € 3,24.

**2. § 3 a Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

„Die Gebühr für nicht behandlungsbedürftiges Abwasser beträgt je Kubikmeter € 1,92.

**3. § 4 Absatz 6 erhält folgende Fassung:**

„Die Niederschlagswassergebühr beträgt je Quadratmeter angeschlossene Fläche € 1,12.

**4. Inkrafttreten**

Dieser 27. Nachtrag tritt am **01.01.2024** in Kraft.

Es wird bestätigt, dass der **27. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen** dem Ratsbeschluss vom 13.12.2023 entspricht und alle Verfahrensvorschriften bei dessen Zustandekommen beachtet worden sind.

Es ist nach § 2 Absatz 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden.

Dieser Nachtrag ist damit ordnungsgemäß zustande gekommen. Er tritt am 01.01.2024 in Kraft. Entsprechend wird er hiermit öffentlich bekannt gemacht und die Bekanntmachung wird angeordnet.

Auf die Rechtsfolgen der Gemeindeordnung NRW wird hingewiesen:

Gemeindeordnung § 7 Abs. 6 Satz 1:

„Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt."

Aachen, den 15.12.23.....



(Sibylle Keupen)

Oberbürgermeisterin